

## Niederschrift

über die 29. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung am Donnerstag, dem 13. Februar 2014, um 20.00 Uhr, in der Altenstadthalle

Es waren anwesend:

### Von der Gemeindevertretung

#### SPD-Fraktion

Brando, Markus  
Seitz, Jürgen  
Schilling, Sabine  
Dietzel, Dieter  
Neuberger, Josef  
Wehr, Harro  
Agdas, Ali Riza  
Baumann, Michael  
Stegmann, Markus  
Kohlstetter, Roger  
Sulzmann, Peter

#### CDU-Fraktion

Lipp, Sabine  
Leonhardt, Falk  
Weber, Beate  
Kirchner, Martin  
Vogler, Michael  
Dörrschuck, Franz Günter  
Keim, Christian  
Vogler, Daniela  
Valentini, Bruno

#### FWG-Fraktion

Pinsel, Lucia  
Urbanek, Klaus-Dieter  
Wenzel, Anja  
Korn, Elke

#### Bündnis 90/Die Grünen

Ventulett, Karl  
Kotula, Brigitte  
Lederer, Gisela  
Warns-Ventulett, Dorothea  
Dr. Richter, Jale  
Reifschneider, Ursula

#### FDP-Fraktion

Platen, Christoph  
Baumann, Natascha

### Vom Gemeindevorstand

Syguda, Norbert  
Voss, Jan  
Hufnagel, Eva  
Weil, Günther  
Zientz, Werner  
Kötter, Erwin  
Stahl, Pia

#### Schriftführer

Imhof, Dominic

Es fehlten entschuldigt:

### Von der Gemeindevertretung

Fröhlich, Gisela  
Slabsche, Mathias  
Mikusch, Helmut  
Hoppe, Siegfried  
Messerschmidt-Holzapfel, Otto

### Vom Gemeindevorstand

Wörner, Hrost  
Starck, Robert

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte die FDP-Fraktion die Aussetzung der Beschränkung der Redezeit zu Tagesordnungspunkt 29/0480 (Ortsumgehung Altstadt; Zustimmung zur Vorzugsvariante 1).

Gegen diesen Antrag erhob sich kein Widerspruch aus den Reihen der Gemeindevertretung.

Beschlussfassung:

29/0475 Beschlussfassung über Einwendungen zur Niederschrift

Es lagen keine Einwendungen zur Niederschrift vor.

29/0476 Mitteilungen und Bericht des Bürgermeisters

1. Der Limeschule Altstadt wurde ein Zuschuss in Höhe von 1.750,00 € für den Druck und die Verteilung eines Werbeflyers gewährt.
2. Per Zuweisungsbescheid hat der Wetteraukreis gegenüber der Gemeinde Altstadt die Aufnahme und Unterbringung von 11 Flüchtlingen angeordnet. Nach heutigem Stand werden in ca. einem halben Jahr weitere 11 Flüchtlinge durch die Gemeinde Altstadt aufzunehmen sein. Soweit möglich werden diese in gemeindeeigenen Wohnungen untergebracht bzw., falls dieser Platz nicht ausreicht, weitere Wohneinheiten angemietet. Für die Aufnahme der Flüchtlinge wird eine unzureichende Entschädigungszahlung durch den Kreisausschuss an die Gemeinde Altstadt erfolgen.
3. Die Gemeinde Altstadt wird dem „Aktionsbündnis Jugendschutz – Feiern mit Regeln“ beitreten. Das Aktionsbündnis ist ein Zusammenschluss der Städte und Gemeinden im Wetteraukreis mit dem Fachbereich Jugend des Wetteraukreises und soll präventiv im Rahmen von Veranstaltungen in den Ortsgebieten durch Vereine in dem Zusammenhang Alkohol und Jugendliche tätig werden. Der Beitritt ist kostenfrei.
4. Die Kommunalaufsicht des Wetteraukreises hat die Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Gemeinde Altstadt als rechtswidrig eingestuft. Begründet wird dies mit dem fehlenden Gleichheitsgrundsatz in Bezug auf die Gewährung des demografischen Zuschusses. Seitens des Gemeindevorstandes wird derzeit die Ausführung der Kommunalaufsicht über den Hess. Städte- und Gemeindebund geprüft. Sobald die Antwort vorliegt, werden die Mitglieder der Gemeindevertretung hierüber informiert.

29/0477 Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern

Zusammengefasst wurden folgende Anfragen zu dem Thema Ortsumgehung von verschiedenen Bürgerinnen und Bürgern gestellt:

1. Unter Bezugnahme auf § 82 HGO wurde angefragt, welchen Stellenwert das Votum der Ortsbeiräte Altstadt und Oberau (9 zu 2 gegen die Ortsumgehung) hat?  
Bürgermeister Syguda antwortete, dass die Wertigkeit der Ortsbeiräte sehr hoch ist. Die Stellungnahmen der beiden Ortsbeiräte werden in die Entscheidungsfindung der Gemeindevertretung entsprechend Berücksichtigung finden.

2. Wie wichtig ist das Votum der Bürgerinnen und Bürger? Hierzu wurden über 1800 Unterschriften gegen die Ortsumgehung gesammelt, welche dem Bürgermeister überreicht wurden.

Bürgermeister Syguda erläuterte, dass die Ängste der Bürger sehr ernst genommen werden. Das Interesse an der Entscheidung pro oder contra Umgehungsstraße ist sehr hoch. Auch die Redebeiträge und Anregungen werden ernsthaft geprüft und auch in die Entscheidungsfindung der Gemeindevertretung mit einfließen.

3. Zu der Anfrage, wann der Beginn des Baues der Ortsumgehung sei und wann eine entsprechende Umgestaltung der Vogelsbergstraße stattfinden würde teilte Bürgermeister Syguda mit, dass die Umgestaltung der Vogelsbergstraße entschieden von der Realisierung der Ortsumgehung abhängt. Wann Baubeginn für eine Ortsumgehung ist, kann momentan niemand beantworten. Die Planungen für diese Ortsumgehung stehen noch ganz am Anfang, somit können noch viele Jahre bis zu einer möglichen Realisierung verstreichen.

4. Zu einem möglichen Mitwirkungsverbot von einzelnen Gemeindevertreterinnen bzw. Gemeindevertretern bei den Beratungen zu der Ortsumgehung erläuterte Bürgermeister Syguda, dass – sofern ein Mitglied dieses Gremiums von einem Interessenwiderstreit nach § 25 HGO betroffen ist – dieser an den Beratungen und der Entscheidungsfindung nicht teilnehmen darf und entsprechend eigenständig den Sitzungsraum verlassen muss.

5. Es wurde angefragt, warum der Bürgermeister so überrascht über die große Resonanz der Teilhabe der Bevölkerung an der Bürgerversammlung gewesen sei.

Bürgermeister Syguda gesteht ein, dass die Überraschung über die große Teilhabe sehr groß gewesen ist. Es wurde geglaubt, dass 200 Plätze dem Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema Rechnung tragen. Hier habe man sich aber geirrt. Aufgrund der Erfahrungen aus der Bürgerversammlung wurde entsprechend reagiert und der Sitzungsort für die Gemeindevertretung verlegt, damit eine solche Situation nicht noch einmal entsteht.

6. Auf die Anmerkung hin, dass die von Hessen Mobil ermittelten Zahlen 30 – 40 % falsch seien erwiderte Bürgermeister Syguda, dass Hessen Mobil im Auftrag arbeitet. Vor 8 Jahren hat die Gemeindevertretung beschlossen, dass Hessen Mobil eine Umgehungsstraße plant. Die Seriosität kann von außen schlecht beurteilt werden. Die subjektive Wahrnehmung ist, dass die Fahrzeugdichte stetig zunimmt.

7. Zu der Anfrage, ob es zu einer finalen Abstimmung über die Ortsumgehung in dieser Sitzung kommen werde antwortete Bürgermeister Syguda, dass er nicht davon ausgehe, dass über diesen Tagesordnungspunkt heute final entschieden wird.

29/0478

Antrag der FWG-Fraktion auf Einrichtung eines E-Newsletters für die Gemeinde Altstadt (vorher TOP 28/470 vom 06.12.2013)

Das Informationsangebot der Gemeinde Altstadt wird durch einen bedarfsorientierten E-Newsletter (elektronischer Informationsbrief) ergänzt,

der zum einen vom Interessierten abonniert werden kann, aber auch auf der Internetseite der Gemeinde einsehbar und abrufbar ist.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

29/0479 Antrag der FWG-Fraktion auf Abschluss eines neuen Straßenbeleuchtungsvertrages mit der OVAG (vorher TOP 28/0471 vom 06.12.2013)

Die FWG-Fraktion stellte folgenden Antrag:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt mit der OVAG unverzüglich Verhandlungen über einen neuen Straßenbeleuchtungsvertrag aufzunehmen, in dem auch die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf die neue LED-Technik enthalten ist.

Der Beschluss der Gemeindevertretung vom 05.10.2012 TOP 16/227 wird aufgehoben.

Der Tagesordnungspunkt wird in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen. Die Beratungen finden erst statt, wenn die Stellungnahme der OVAG vorliegt. Zudem sollen die Beratungen ergebnisoffen geführt werden.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

29/0480 Ortsumgehung Altenstadt; Zustimmung zur Vorzugsvariante 1 (vorher TOP 28/0460 vom 06.12.2013)

Die CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und FWG-Fraktion stellte folgenden gemeinsamen Antrag:

*Der Gemeindevorstand wird beauftragt, folgendes vor einer Abstimmung zum Abschluss der Vorplanung einer Umgehungsstraße von ALTENSTADT mit Festlegung einer in der Entwurfsplanung zu bearbeitenden Straßenführung mit den zuständigen Behörden zu klären und in einer geänderten Beschlussvorlage einzubringen:*

- 1. Der Gemeindevorstand wird beauftragt anhand von vorhandenen Gutachten und neu einzuholenden Stellungnahmen der Behörde und der Nachbargemeinde Limeshain zu prüfen, ob eine alternative Anbindung des Gewerbegebiets Waldsiedlung an die BAB möglich ist. Die Prüfung sollte mit einer Grobkostenschätzung und Information zu den Trägern der Kosten und zu einem möglichen Realisierungszeitraum verbunden werden. Damit verbunden ist eine Darstellung notwendig, wie der LKW-Verkehr Richtung Westen ohne Durchfahrt Altenstadts verlaufen kann.*
- 2. Als Vorgabe für eine weitere Planung sollen die Verkehrsdaten aktualisiert werden.*
- 3. Das Umweltverträglichkeitsgutachten und die geringere Beeinträchtigung der Aue sprechen für die Variante 2.1. Der Gemeindevorstand wird beauftragt mit der Behörde und den Fachplanern zu klären, inwieweit die Möglichkeit besteht in der Entwurfsplanung diese Variante zu verfolgen anstelle Variante 1.*
- 4. Lärmbelastung und auch die Schadstoffbelastung für Altenstadt und Oberau ist für viele ein Argument gegen eine Umgehungsstraße. Das ausführliche Gutachten mit den möglichen Effekten aus den unterschiedlichen Höhen der Lärmemission ist mit Erläuterungen darzulegen. (Auslegung mit und ohne Flüsterasphalt)*
- 5. Die Umgestaltung der Vogelsbergstraße sollte zeitgleich mit der weiteren Planung einer möglichen Umgehungsstraße mit Gewerbeverein, Anliegern und Ortsbeirat unter Berücksichtigung aller möglichen Förderungen und Kostenbeteiligten vorangehen. (ev. Arbeitskreis )*

6. *Bei weiteren Planungsschritten sind folgende Punkte bei den Planungsvorgaben zu beachten und in einer Beschlussvorlage zu verankern (siehe Beschlussvorschlag GVO)*
  - *Anbindung der Fußgänger und Radfahrer sowie des Schulweges von Oberau nach Altstadt,*
  - *Führung der Landwirtschaftswege ohne große Brücken,*
  - *Klärung der Anbindung der Kläranlage und des Sportplatzes .*
7. *Anfertigung eines maßstabsgerechten Modells zur Veranschaulichung der Umgehungsstraße.*
8. *Festhalten der Notwendigkeit einer Genehmigung der Entwurfsplanung der Umgehungsstraße durch die Gemeindevertretung vor dem weiteren Planungsschritt – die Ausführungsplanung .*
9. *Unter der Maßgabe, dass dies nicht das letzte Wort der Gemeinde ist, sollen die Planungen für die Umgehungsstraße weiter verfolgt werden, weil der Abbruch der Planungen zum jetzigem Zeitpunkt eine nicht hinnehmbare Zeitverzögerung nach sich zöge. Die Gemeindevertretung muss auch in den folgenden Planungsschritten die Möglichkeit haben auf die Planung Einfluss zu nehmen und gegebenenfalls Änderungen herbeizuführen.*

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte zusätzlich folgenden Antrag:

Die weitere Planung der von Hessen Mobil vorgestellten Vorzugsvariante 1 der Umgehungsstraße Altstadt wird ausgesetzt, bis Alternativen vorgeplant, erörtert und diese der Öffentlichkeit vorgestellt sind.

Zudem stellte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag auf namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Es wurden anschließend folgende Beschlüsse gefasst:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde abgelehnt. Der Beschluss erfolgte mit 11 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

**Namentliche Abstimmung:**

**Ja:**

Dieter Dietzel (SPD), Michael Baumann (SPD), Roger Kohlstetter (SPD), Beate Weber (CDU), Martin Kirchner (CDU), Karl Ventulett (GRÜNE), Brigitte Kottula (GRÜNE), Gisela Lederer (GRÜNE), Dorothea Warns-Ventulett (GRÜNE), Dr. Jale Richter (GRÜNE), Ursula Reifschneider (GRÜNE)

**Nein:**

Markus Brando (SPD), Sabine Schilling (SPD), Josef Neuberger (SPD), Harro Wehr (SPD), Ali Riza Agdas (SPD), Markus Stegmann (SPD), Peter Sulzmann (SPD), Jürgen Seitz (SPD), Sabine Lipp (CDU), Falk Leonhardt (CDU), Michael Vogler (CDU), Franz-Günter Dörrschuck (CDU), Christian Keim (CDU), Daniela Vogler (CDU), Bruno Valentini (CDU), Lucia Pinsel (FWG), Klaus-Dieter Urbanek (FWG), Anja Wenzel (FWG), Elke Korn (FWG), Christoph Platen (FDP), Natascha Baumann (FDP)

Dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion sowie FWG-Fraktion wurde zugestimmt. Der Beschluss erfolgte mit 19 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

**Namentliche Abstimmung:**

**Ja:**

Markus Brando (SPD), Sabine Schilling (SPD), Josef Neuberger (SPD), Harro Wehr (SPD), Ali Riza Agdas (SPD), Markus Stegmann (SPD), Peter Sulzmann (SPD), Jürgen Seitz (SPD), Sabine Lipp (CDU), Falk Leonhardt (CDU), Michael Vogler (CDU), Franz-Günter Dörrschuck (CDU), Christian Keim (CDU), Daniela Vogler (CDU), Bruno Valentini (CDU), Lucia Pinsel (FWG), Klaus-Dieter Urbanek (FWG), Anja Wenzel (FWG), Elke Korn (FWG)

**Nein:**

Dieter Dietzel (SPD), Michael Baumann (SPD), Roger Kohlstetter (SPD), Beate Weber (CDU), Martin Kirchner (CDU), Karl Ventulett (GRÜNE), Brigitte Kottula (GRÜNE), Gisela Lederer (GRÜNE), Dorothea Warns-Ventulett (GRÜNE), Dr. Jale Richter (GRÜNE), Ursula Reifschneider (GRÜNE)

**Enthaltung:**

Christoph Platen (FDP), Natascha Baumann (FDP)

29/0481

**Teilnahme an der neuen EU-LEADER-Förderperiode 2014 – 2020:  
Grundsatzbeschluss**

Die Teilnahme an der neuen EU-LEADER-Förderperiode 2014 – 2020 unter der Trägerschaft der Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH gemäß den Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung der regionalen Entwicklung (siehe Staatsanzeiger des Landes Hessen Nr. 16 vom 15.04.2013, Seite 515 ff) wurde beschlossen.

Mit der Teilnahme ist die Erstellung eines integrierten regionalen Entwicklungskonzeptes (IRIK) mit allen Beteiligten Kommunen, Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie Privatpersonen in einem Zeitraum von 6 Monaten verbunden. Mit dem IRIK soll die Anerkennung als EU-LEADER-Förderregion 2014 – 2020 erreicht werden. Die Gemeinde Altenstadt erklärt sich bereit, die Erstellung IRIK mit zu unterstützen (beispielsweise durch die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten für die Arbeitsgruppen). Direkte finanzielle Verpflichtungen sind mit der Beteiligung an der Erstellung des IRIK sowie in dem Zeitraum der Förderperiode von 2014 – 2020 nicht verbunden.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

**Anmerkung:**

Von der Wirtschaftsförderung GmbH sollen Herr Domes und Herr Karger zu einem gesonderten Termin eingeladen werden, um das Programm nochmals näher vorzustellen und auftretende Fragen zu beantworten.

29/0482

**Baugebiet „Am Wasserfall“ im Ortsteil Lindheim; Anordnung der  
Baulandumlegung**

**Anordnung der Baulandumlegung**

Die Gemeindevertretung beschließt auf Grund des § 46 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23.Sept. 2004 ( BGBl. I S. 2414 )  
zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.06.2013 ( BGBl. I S. 1548 )

die Anordnung der Baulandumlegung für das Gebiet

Lindheim „Am Wasserfall“

zum Zwecke der Erschließung von neuem Bauland.

Der Baulandumlegung liegt die Aufstellung des Bebauungsplanes

Nr. 68 „Am Wasserfall“ zugrunde.

Als Umlegungsstelle wird der Gemeindevorstand eingesetzt.

Altenstadt, den

(Siegel)

---

Bürgermeister

---

Erster Beigeordneter

Der Beschluss wurde einstimmig mit 1 Enthaltung gefasst.

29/0483

Antrag der FDP-Fraktion auf Vorlage einer Darstellung des Mehraufwands und der Mehrkosten der Verwaltung im Zuge der Auflösung des Freiwilligen Polizeidienstes in Altenstadt

Die der Anlage beigefügte Aufstellung über die Tätigkeiten des Freiwilligen Polizeidienstes sowie der zukünftigen Übernahme der Tätigkeiten und der dadurch entstehenden Kosten wurde durch die Gemeindevertretung zur Kenntnis genommen.

29/0484

Anfragen aus der Gemeindevertretung

1. Es wurde nach den Einnahmeveränderungen durch die geänderte Kita-Satzung nachgefragt.

Bürgermeister Syguda teilte hierzu mit, dass in Summen noch keine Änderung benannt werden kann. Hinsichtlich der Anträge zur Bezuschussung der Kita-Gebühren seien bislang für den U3-Bereich 11 Anträge eingereicht worden. Für den Ü3-Bereich gibt es darüber hinaus keine weitgehenden Veränderungen im Vergleich zur alten Kita-Satzung.

2. Es wurde angefragt, wie die Ferienbetreuung für die Vorschulkinder erfolgen soll. Aufgrund der späten Sommerferien und dem Ende des Kindergartenjahres am 31.07.2014 müssen die Eltern 6 Wochen Ferienzeit überbrücken.

Bürgermeister Syguda antwortete, dass gegenwärtig geprüft wird, wieviel Plätze unter Berücksichtigung der Neuaufnahmen zum Kita-Jahresbeginn am 01.08.2014 noch zur Verfügung stehen, welche dann den Schulabgängern noch vorübergehend zur Verfügung gestellt werden können.

3. Es wurde angefragt, ob es Vorplanungen zur Bildung eines runden Tisches hinsichtlich der Betreuung der aufzunehmenden Flüchtlinge in Altenstadt gibt.

Bürgermeister Syguda antwortete, dass Bestrebungen bestehen mit der Kirche, O.A.S.E. sowie dem Verein für Flüchtlinge e.V. (evtl. auch weitere

Vereine) einen runden Tisch zu bilden, um die Betreuung der Flüchtlinge zu sichern und gewährleisten.

4. Es wurde angefragt, wann mit den Beratungen zur Konsolidierung des Haushaltes begonnen wird.

Bürgermeister Syguda antwortete, dass die Beratungen voraussichtlich im März im Haupt- und Finanzausschuss beginnen werden.

5. Es wurde angefragt, ob es eine Regelung gibt, dass der Wetteraukreis die Gemeinden finanziell bei der Aufnahme der Flüchtlinge zu unterstützen hat.

Bürgermeister Syguda erläuterte, dass die Gemeinde Altstadt pro Flüchtling und Tag einen Betrag von 6,80 € vom Wetteraukreis erhält. Dieser Betrag beinhaltet die Unterkunft und die Betreuung der Flüchtlinge. Der Wetteraukreis erhält von dem Land Hessen hingegen 568,00 € pro Flüchtling und Monat. Von diesem Betrag hat der Wetteraukreis zum einen die finanzielle Unterstützung an die Gemeinden zu zahlen, des Weiteren aber auch den täglichen Lebensunterhalt der Flüchtlinge (Sozialhilfe) sicherzustellen.

6. Die SPD-Fraktion lud zu ihrem Kinderfasching am 23. Februar 2014 ab 14:11 Uhr in die Altenstadthalle ein.

7. Vorsitzender Seitz teilte mit, dass die nächste Sitzung der Gemeindevertretung am Donnerstag, dem 13. März 2014 in der Altenstadthalle stattfinden wird.

Ende der Sitzung: 22:47 Uhr

63674 Altstadt, 17. Februar 2014

Imhof  
Schriftführer

Seitz  
Vorsitzender der  
Gemeindevertretung